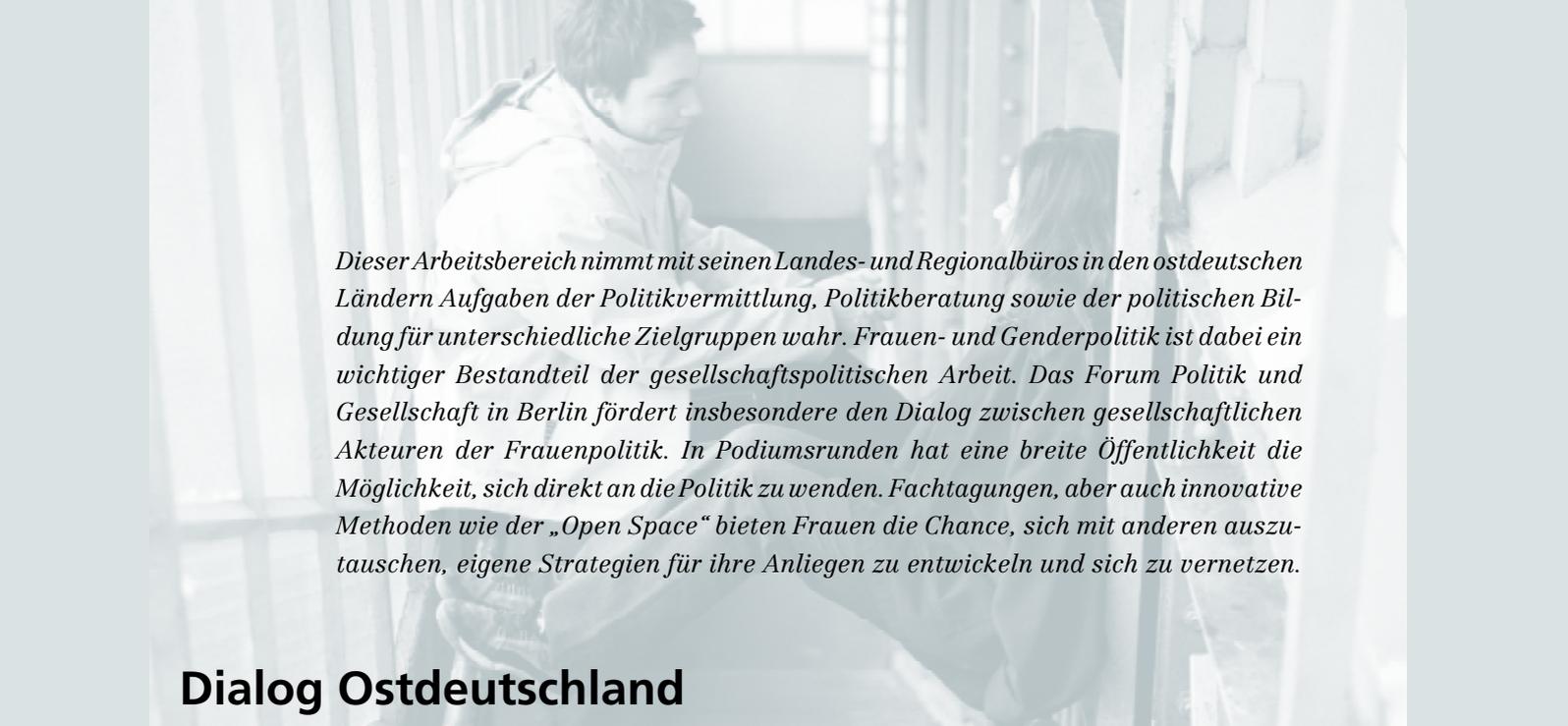


Politische Bildung





Dieser Arbeitsbereich nimmt mit seinen Landes- und Regionalbüros in den ostdeutschen Ländern Aufgaben der Politikvermittlung, Politikberatung sowie der politischen Bildung für unterschiedliche Zielgruppen wahr. Frauen- und Genderpolitik ist dabei ein wichtiger Bestandteil der gesellschaftspolitischen Arbeit. Das Forum Politik und Gesellschaft in Berlin fördert insbesondere den Dialog zwischen gesellschaftlichen Akteuren der Frauenpolitik. In Podiumsrunden hat eine breite Öffentlichkeit die Möglichkeit, sich direkt an die Politik zu wenden. Fachtagungen, aber auch innovative Methoden wie der „Open Space“ bieten Frauen die Chance, sich mit anderen auszutauschen, eigene Strategien für ihre Anliegen zu entwickeln und sich zu vernetzen.

Dialog Ostdeutschland

Forum Politik und Gesellschaft

Veranstaltungen 2001 im Überblick (Auswahl)

- *Lila trifft Handy – Frauenpower im Generationswechsel:* Konferenz mit Bundesministerin Dr. Christine Bergmann (8. März)
- *Chancengleichheit in der Privatwirtschaft – wie geht es weiter?!*: Podiumsdiskussion mit Hildegard Wester, MdB und stellvertretende SPD-Fraktionsvorsitzende, und Dr. Edith Niehuis, Parlamentarische Staatssekretärin BMFSFJ (18. März)
- *SOS Familie:* Podiumsdiskussion mit Renate Schmidt, stellvertretende SPD-Vorsitzende und Vorsitzende Forum Familie (15. April)
- *Schema F(rau) – Geschlechterdemokratie in der Mediengesellschaft:* Konferenz mit Bundesministerin Dr. Christine Bergmann und dem Deutschen Frauenrat (19. April)
- *Tatort Familie – Neues vom Kampf gegen häusliche Gewalt:* Podiumsdiskussion mit Bundesministerin Dr. Christine Bergmann und Karin Schubert, Justizsenatorin (15. Mai)
- *Frauen – Macht – Konkurrenz:* Open Space mit Dr. Lore Maria Peschel-Gutzeit, Justizsenatorin a.D. (7. Oktober)
- *Wirklich im Mainstream? Genderpolitik als Managementstrategie:* Podiumsdiskussion mit Christa Randzio-Plath, MdeP (31. Oktober)
- *Plus Kind = Minus Karriere? Zur Vereinbarkeit von Beruf und Familie:* Internationales Forum mit Karin Junker, MdeP (8. November)

Ausgewählte Veranstaltungsberichte

- *Lila trifft Handy – Frauenpower im Generationswechsel* (Konferenz in Berlin, 8. März)

Anfang 2002 waren viele beunruhigende Zeitungsartikel erschienen: Die Frauenbewegung sei eines natürlichen Todes gestorben! Junge selbstbewusste Frauen könne man mit feministischen Parolen nicht mehr hinter dem Managerin-Schreibtisch oder dem (freiwillig gewählten) heimischen Herd hervorlocken. Zudem hätte die von allen politischen Parteien wiederentdeckte Familienpolitik nunmehr die Frauenpolitik abgelöst.

Gleichstellungspolitische Anliegen würden auf dem Familienaltar geopfert und junge Frauen zum Kinder-Kriegen und gleichzeitig Mehr-Arbeiten animiert. Und überhaupt: Die „Frauenförderung“ sei vom innovativen „Gender Mainstreaming“ verdrängt worden. Vor diesem Hintergrund



wollte das Forum Politik und Gesellschaft zusammen mit dem Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend eine „etwas andere“ Veranstaltung gerade zum Internationalen Frauentag durchführen.

Lila-Fraktion vs. Handy-Fraktion

Wir wollten es wissen und luden Frauen aus zwei Generationen ein: Die Gruppe „Lila“, Synonym für die frauenbewegten Protagonistinnen im Alter von 40 aufwärts, war repräsentiert durch Bundesministerin Dr. Christine Bergmann, Feminismus-Ikone Alice Schwarzer sowie Dr. Lore-Marie Peschel-Gutzeit, Justizsenatorin a.D. Die Gruppe „Handy“, Synonym für die Generation der Teens, Twens und Dreißiger, bestand aus der türkisch-stämmigen Rapperin Aziza-A, der Schülervertreterin Dana Lüddemann sowie Marianne Wellershoff, SPIEGEL-Journalistin und Autorin des feminismus-kritischen Buches „Die widerspenstigen Töchter“. Es moderierte Patricia Schäfer vom ZDF-Morgenmagazin.

Anfangs stellte sich bei beiden Gruppen Harmonie her: Auf die platte Etikettierung „Lila vs. Han-

dy“ wollte sich keine so recht versteifen. Schülervertreterin Dana Lüddemann hätte nicht nur SMS und Raven im Kopf, sondern würde genau wie die Älteren für die Gleichberechtigung der Geschlechter eintreten – die sei nämlich noch lange nicht erreicht! Wie patriarchalisch unsere Gesellschaft ist, ließe sich z.B. an den „Klischees in den Schulbüchern“ ablesen, so Dana. Und Aziza-A bekräftigte die oftmals schleichende Diskriminierung im Alltag.

Vorbei mit den Gemeinsamkeiten ...

Der Feminismus habe ein Imageproblem, weil er Frauen in die Nähe von Opfern rückt, so Marianne Wellershoff. Die Handy-Fraktion machte deutlich: Emanzipation sei mittlerweile dermaßen natürlich, dass die jungen Frauen keinen Grund sähen, sich zu solidarisieren. Sie fühlten sich selbstbewusst genug, eigenständig ihre Interessen zu vertreten, und wollten lieber Frau als „garstige Emanze“ sein. Als solche fühlte sich Dr. Peschel-Gutzeit nun gerade nicht – der SPIEGEL hatte einst über sie geschrieben, sie sei als Justizsenatorin „der einzige Mann“ im

Hamburger Senat gewesen. Auch Bundesministerin Dr. Christine Bergmann, die sich erfolgreich für Frauenrechte und familienpolitische Verbesserungen einsetzt, empfindet sich keineswegs als „garstige Geschlechterkämpferin“. Sie hätte in der DDR eine andere Sozialisation erlebt, obgleich diese kein Gleichstellungsparadies gewesen sei.

Eine Imageberatung durch die „Generation Handy“ lehnte Alice Schwarzer strikt ab. Ihre Rede über Männergewalt als Kern des patriarchalischen Herrschaftsverhältnisses fand nicht den gewünschten Widerhall – ebenso wenig wie die düstere Warnung, dass die nachwachsende Frauengeneration wieder „ganz von vorne anfangen müsse“, würde sie sich nicht mit den „Pionierinnen“ verbünden. Und doch gab es von den 800 Gästen (davon 5 Prozent männlich) in der Berliner Friedrich-Ebert-Stiftung mehr Applaus für die Gruppe „Lila“. Daraus lässt sich möglicherweise schließen: Das Lebenswerk der Generation der Pionierinnen wird heute noch ungebrochen anerkannt. Und trotz Generationswechsel heißt es: „Es lebe die Frauenpower!“



● *Wirklich im Mainstream?
Genderpolitik als Management-
strategie*
(Podiumsdiskussion in Berlin,
31. Oktober)

Seit der 4. Weltfrauenkonferenz in Peking 1995 ist der Begriff „Gender Mainstreaming“ aus der frauenpolitischen Debatte nicht mehr wegzudenken. Gender Mainstreaming bedeutet, alle Politikbereiche bezüglich ihrer geschlechtsspezifischen und gleichstellungspolitischen Wirkung zu überprüfen. Überall sollen Frauen- und Männeranliegen nicht mehr in isolierten Zuständigkeiten, sondern als Querschnittsaufgaben verfolgt werden. Christa Randzio Plath, Mitglied des Europäischen Parlaments (EP) und Vorsitzende des Wirtschaftsausschusses des EP, machte deutlich, dass sich Frauen nicht nur um die „weichen“ Themen der Politik kümmern sollten. Agneta Stark, Genderforscherin der Universität Linköping, berichtete über die Umsetzung des Prinzips in Schweden. Thomas Claus, Geschäftsführer des Gender-Instituts Sachsen-Anhalt, wies darauf hin, dass die Politik mit Gender Mainstreaming ein

äußerst geeignetes Instrument an die Hand bekommen hätte, um ergänzend zur klassischen Frauenförderung die Gleichstellung von Frauen und Männern auch wirklich umzusetzen.

● *Chancengleichheit in der
Privatwirtschaft – wie geht es
weiter?!*
(Podiumsdiskussion in Berlin,
18. März)

Das hohe Leistungs- und Qualifikationsniveau von Mädchen und Frauen spiegelt sich nicht adäquat in den Wirtschaftsunternehmen wider – schon gar nicht auf der Ebene der Führungspositionen. Diesem Ungleichgewicht soll durch die „Vereinbarung zwischen der Bundesregierung und den Spitzenverbänden der deutschen Wirtschaft zur Förderung der Chancengleichheit von Frauen und Männern in der Privatwirtschaft“ begegnet werden. Die Veranstaltung lud zur Diskussion über die Inhalte und Konsequenzen dieser Vereinbarung ein.

Dr. Edith Niehuis, Staatssekretärin im Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend, leitete die hochrangige

Arbeitsgruppe, die die Umsetzung der Vereinbarung mit Unterstützung des Instituts für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung der Bundesanstalt für Arbeit begleitete. Rainer Schmidt-Rudloff, Mitglied der Geschäftsführung der Bundesvereinigung der Deutschen Arbeitgeberverbände, bekräftigte in der Diskussion erneut, dass die getroffene Vereinbarung auf freiwilliger Basis ein beträchtliches Zugeständnis seitens der Wirtschaft sei. Zwänge jeglicher Form würden jedoch als kontraproduktiv betrachtet und weiterhin abgelehnt. Der DGB, vertreten durch Maria Kathmann, legte einen Katalog mit Prüfkriterien vor. Hildegard Wester, MdB und stellvertretende SPD-Fraktionsvorsitzende für Frauen und Familie, betonte, dass das Thema „Chancengleichheit von Frauen und Männern“ mit der Vereinbarung unterzeichnet keineswegs erledigt sei und dass die Politik eine erfolgreiche Umsetzung „sehr kritisch beobachten“ würde.

● *Schema F(rau) –
Geschlechterdemokratie in der
Mediengesellschaft heute*
(Konferenz in Berlin, 19. April)

Wie sieht es in Deutschland mit Frauenpower in den Medien aus? Zwar sind Frauen heute zahlreicher denn je an der Produktion und Präsentation von Informationen beteiligt. Doch von hundert Personen, über die in den Topnachrichten berichtet wird, sind nur 18 Prozent Frauen. Männer dagegen kommentieren, werden als Experten gefragt oder stehen im Zentrum des Geschehens. Frauen haben vor allem den Part der Betroffenen oder der Opfer. Zeit also für den Deutschen Frauenrat, sich anlässlich seines 50-jährigen Jubiläums gemeinsam mit dem Forum Politik und Gesellschaft der Friedrich-Ebert-Stiftung mit einer öffentlichen Veranstaltung der Frage zu widmen, wie das „Schema F(rau)“ überwunden und der Geschlechterdemokratie in

der Mediengesellschaft auf die Sprünge geholfen werden kann.

Die Frage, wie Medien mit Politikerinnen umgehen, stand im Zentrum. Die gängige Berichterstattung erregt sich immer noch mehr über „die Frisur der Angela M.“ als über deren Politik. „Monitor“-Leiterin Sonia Mikich, TV-Moderatorin Carla Kniestedt und „Welt“-Korrespondentin Tissy Bruns räumten gleichermaßen ein, dass Journalistinnen mit Politikerinnen strenger ins Gericht gingen als sie es bei Politikern tun. Der Umgang miteinander sei vor allem eine Frage des guten Stils und Geschmacks, wandte Dr. Cornelia Sonntag-Wolgast, Staatssekretärin im Bundesinnenministerium und selbst ehemalige Reporterin, ein. Von Geschmacklosigkeiten weiß die Grünen-Parteichefin Claudia Roth zu berichten. Ist es da Trost genug zu wissen, dass die frei gewählte Karriere im öffentlichen Raum generell Persönlichkeiten aus der Politik – also auch den Männern – Verletzungen einbringt?

Wohl kaum, entschied Bundesministerin Dr. Christine Bergmann: Bis zur echten Chancengleichheit der Geschlechter in der Mediengesellschaft „bleibt noch viel zu tun.“

● *Frauen – Macht – Konkurrenz. Immer noch ein Thema?!*
(Open Space in Berlin, 7. Oktober)

Haben auch im Jahre 2002 Frauen ein ambivalentes Verhältnis zu Macht und Konkurrenz? Und wenn ja, ist das schlimm? Oder handelt es sich nur um einen Mythos à la „Macht schafft Distanz. Distanz ist nichts Feminines.“? Wird Macht zu häufig gleichgesetzt mit Machtmissbrauch? Oder begreifen Frauen Macht als notwendiges Mittel zur Veränderung und Gestaltung – und haben sogar Spaß daran? Leiden Frauen unter Perfektionismus oder einem zu großen Harmoniebedürfnis? Sind Frauen, die sich der „Machtfrage“ stellen, automatisch humorlos und



verbissen? Ist Konkurrenz etwas Negatives, oder kann sie auch Ansporn sein? Hundert Frauen und Mädchen kamen zusammen, um sich einen Tag lang im Rahmen eines „Open Space“ mit diesen Fragen zu befassen.

Erfolg macht einsam und schafft Neid – auf Feedback und Harmonie muss da meist verzichtet werden. Diese Erfahrung hat Dr. Lore Maria Peschel-Gutzeit, langjährige Justizsenatorin a.D., gemacht. In ihrem Impulsreferat machte sie deutlich, dass dies Begleiterscheinungen des Erfolgsgeschäftes sind, der Spaßfaktor jedoch trotzdem keineswegs zu kurz kommen muss! Vielfältige Arbeitsgruppen bildeten sich an diesem Tag zu Themen wie „Männlicher versus weiblicher Führungsstil“, „Tipps zur Übernahme von Macht in komplexen Organisationen“, „Wie realisiere ich erfolgreich meine Ziele?“ etc. Sicherlich wurden nicht alle Fragen und Zweifel beseitigt, aber diese Veranstaltungsmischung aus Brainstorming und

gegenseitigem Management-Training war für die meisten ein echter Gewinn.

● *Plus Kind = Minus Karriere?*
Zur Vereinbarkeit von Beruf und Familie
(Internationales Forum in Berlin, 8. November)

Frauen machen – trotz gleichen Bildungsniveaus – die Erfahrung, dass männliche Kollegen den Aufstieg in höhere Positionen schneller und weiter schaffen. Frauen mit Kindern stehen vor noch größeren Schwierigkeiten, wenn sie Karriere machen wollen: Ganztags-Kindertagesstätten sind rar. Frauen, die weiterhin berufstätig bleiben, entscheiden sich oft für Teilzeitjobs – 87 Prozent der Teilzeitjobs werden von Frauen ausgeübt. Die gesetzlich gesicherte Elternzeit wird bislang erst von zwei Prozent der Männer wahrgenommen. Damit verhärtet sich die Diskrepanz zwischen dem Familienernährer-Mann und der

– neudeutsch – „Familienmanagerin“-Frau. Also: Plus Kind = Minus Karriere?

In den drei Impulsreferaten aus Finnland, Frankreich und Großbritannien sowie in der Diskussion wurde deutlich, dass die Phase der Familiengründung der Knackpunkt in der deutschen Gleichstellungspolitik ist. Deshalb waren sich die Podiumsteilnehmerinnen und -teilnehmer – von Jungunternehmerin Bärbel Boy bis zur Europapolitikerin und Vorsitzenden der Arbeitsgemeinschaft Sozialdemokratischer Frauen Karin Junker – in einem ganz einig: Schwerpunkt einer neuen Geschlechterpolitik muss der Rollenwandel im familiären Bereich sein. Die Engländerin Liz Bavidge brachte die deutsche Familienmisere, in der die Kindererziehung nach wie vor Frauensache ist, auf den Punkt: „Mütter haben Kinder. Aber Kinder haben Eltern.“





● *S.O.S. Familie!*
(Podiumsdiskussion in
Berlin, 15. April)

Es ist ein hochpolitisches und ganz persönliches Buch: „S.O.S. Familie – Ohne Kinder sehen wir alt aus“ von Renate Schmidt. Grund genug für das Forum Politik und Gesellschaft und den Rowohlt-Verlag Berlin, zu einer Podiumsdiskussion und gleichzeitig Buchpräsentation einzuladen. Renate Schmidts Thesen sind brisant: Elternzeit sei eine Falle, weil eine langjährige Unterbrechung der Erwerbstätigkeit die Rückkehr in den Beruf entscheidend erschwere. Nicht die Ausbildung junger Frauen müsse man fördern, sondern die Ausbildung junger Männer, ihre Rolle als Väter auch wirklich wahrzunehmen. Die Wahlfreiheit zwischen Beruf und Kindern löse keine Probleme – heute müsse es darum gehen, Kinder und ihre Bedürfnisse in das Erwerbsleben zu integrieren.

Blick in europäische Nachbarländer

Das vielfach kritisierte deutsche Modell des Ehegattensplittings findet sich in keinem anderen Staat Europas. In Frankreich sind 90 Prozent aller Alleinerziehenden berufstätig. Das deutsche Ausgabenvolumen für familienpolitische Leistungen ist zwar ebenso groß wie in Schweden, jedoch völlig anders gewichtet: Nur 28 Prozent der schwedischen Gelder sind Transferleistungen wie Kindergeld und Steuerentlastungen; 72 Prozent fließen in Schule und Betreuung. Ein Modell, das auch auf großes Interesse beim zahlreich erschienenen Fachpublikum stößt!

Vereinbarkeit von Beruf und Familie

Renate Schmidt weiß, wovon sie schreibt: Als alleinerziehende Mutter von drei Kindern und engagierte Politikerin (stellvertretende SPD-Vorsitzende, Vorsitzende des Forum Familie sowie

Vizepräsidentin a.D. des Deutschen Bundestages) hat sie die Realität für berufstätige Eltern hautnah erlebt. Sie erhebt daher konkrete Forderungen, damit die Bedürfnisse von Kindern, Müttern und Vätern endlich zum Tragen kommen: Länder und Kommunen sollten sich für mehr Ganztagschulen und -kindergärten einsetzen; Arbeitgeber und Gewerkschaften sollten erkennen, dass sie sich selbst schaden, wenn sie junge, hochqualifizierte Mütter jahrelang in den Urlaub schicken. Eva Herman, TV-Moderatorin, weiß aus eigener Erfahrung und zahlreichen persönlichen Gesprächen, wie sich das Leben berühmter Fernsehfrauen vor den Augen der Nation mit dem privaten Leben vereinbaren lässt und hat diese Erkenntnisse in dem Buch „Fernsehfrauen in Deutschland“ verarbeitet. Auch bei diesen Frauen stellt sich die Frage der Kinderbetreuung als primäres Problem.

Recht auf individuelle Lebensentwürfe

Renate Schmidts Buch, so Dr. Warnfried Dettling, Publizist und ehemaliger Chef der CDU-Planungsgruppe, führe aus parteipolitischen Schützengräben heraus und versuche, die Balance zwischen dem Grundbedürfnis nach familiärer Geborgenheit, dem Recht auf individuelle Lebensentwürfe und der Gleichberechtigung herzustellen. Auch er hält Familienpolitik keineswegs für ein „weiches Weibethema“, wie Renate Schmidt sich ausdrückt, und schließt sich ihren Wünschen nach mehr Familienfreundlichkeit in unserer Gesellschaft, einem besseren Familienlastenausgleich und ausreichenden Betreuungsstrukturen an.

● *Tatort Familie – Neues vom Kampf gegen häusliche Gewalt* (Podiumsdiskussion in Berlin, 15. Mai)

Gewalt im öffentlichen Raum ist spätestens seit dem Amoklauf von Erfurt ein brennendes Thema in Deutschland. Aber Gewalt findet nicht nur öffentlich statt: Körperliche wie seelische Gewalt gehört in vielen Familien zum Alltag. Sie wird von den Opfern wie auch von den Tätern häufig als „Privatsache“ angesehen. Über diese Erfahrungen zu sprechen, kommt einem Tabubruch gleich. Dieses Tabu durchbrach „Tatortkommissar“ und Buchautor Jochen Senf als Podiumsgast der Veranstaltung und sprach über seine eigenen Erfahrungen als Opfer häuslicher Gewalt. Deutlich wurde durch seinen Beitrag, dass es nicht ausschließlich Frauen und Kinder sind, die Gewalt erleiden.

Durch das Anfang 2002 verabschiedete Gewaltschutzgesetz mit dem Prinzip „Der Schläger geht, das Opfer bleibt“ sind die Opfer häuslicher Gewalt nun nicht mehr gezwungen, Zuflucht in Frauenhäusern zu suchen und dadurch ganze Familien zu entwurzeln. Gerd Neubeck, Vize-Polizeipräsident von Berlin, erklärte, dass bereits in diesem Jahr in Berlin 150 solcher „Platzverweise“ an Täter ausgesprochen wurden. Bundesministerin Dr. Christine Bergmann betonte, dass es notwendig sei, private Gewaltdelikte auch empirisch zu erfassen. Das Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend hat deshalb eine derartige Studie in Auftrag gegeben. Auch Polizeischulungen können langfristig dazu führen, dass das Gewaltschutzgesetz als „Aktion Platzverweis“ ein echter Erfolg wird.





Landes- und Regionalbüros Ostdeutschland

Landesbüro Brandenburg

Veranstaltungen 2002 im Überblick (Auswahl)

- *Frauen im Islam* (Seminar in Kröchlendorff, 3.-5. Mai)
- *„Hexenküche“ – Frauenpolitische Visionen am Beginn des 21. Jahrhunderts* (Seminar in Lübbenau, 24.-26. Mai)
- *„Nie mehr sprachlos!“ – Handeln in Politik und Gesellschaft durch freies Reden* (Rhetorik-Seminar für Frauen in Birkenwerder, 21.-23. Juni und 25.-27. Oktober, sowie in Hohenbuckow, 23.-25. August)
- *Konflikt als Chance – Gesprächs- und Persönlichkeitstraining für Frauen* (Seminar in Geltow, 28.-30. Juni, und in Fredersdorf-Vogelsdorf, 15.-17. November)
- *Gender Mainstreaming in Theorie und Praxis: Die Europäische Union verlangt Beachtung und Umsetzung* (Konferenz in Senftenberg, 9. September)

Landesbüro Mecklenburg-Vorpommern

Veranstaltungen 2002 im Überblick (Auswahl)

- *Alptraum Arbeitsplatz – Strategien gegen Mobbing* (Seminar für Frauen in Güstrow, 11.-13. Januar, und in Schwerin, 13.-15. September)
- *„Andere führen heißt, sich selbst zu führen“ – Stärkung personaler Kompetenzen von Frauen in Politik und Öffentlichkeit* (Seminar für Frauen in Rostock, 14.-16. März)
- *Handwerkszeug für Frauenprojektarbeit: Vereinsrecht* (Seminar für Frauen in Greifswald, 11. September)
- *Handwerkszeug für Frauenprojektarbeit: Selbstmanagement* (Seminar für Frauen in Greifswald, 23. Oktober)
- *Frauenrealitäten in Ost und West – Unsere Erwartungen an die Politik nach der Landtags- und Bundestagswahl* (Seminar für Frauen in Göttingen, 1.-3. November)

Ausgewählte Veranstaltungsberichte

- *Alptraum Arbeitsplatz – Strategien gegen Mobbing* (Seminar für Frauen in Güstrow, 11.-13. Januar, und in Schwerin, 13.-15. September)

Die Bilder von vermeintlichen Täterinnen und Opfern bei Mobbing trügen – sind doch letztlich beide Opfer eines stetig an Schärfe zunehmenden Kampfes um immer weniger Arbeitsplätze. Im Mittelpunkt der Seminare standen folgende Fragen:

- Wie entstehen Täterinnen- und Opferrollen, und wie komme ich da raus?
- Wo setze ich meine Grenzen, und wie verteidige ich sie?
- Wie kann ich als Frau offen mit anderen Frauen konkurrieren?
- Wie stehe ich anderen Frauen bei?

- *Frauenrealitäten in Ost und West – Unsere Erwartungen an die Politik nach der Landtags- und Bundestagswahl* (Seminar für Frauen in Göttingen, 1.-3. November)

Das Seminarziel bestand darin, neue Verhaltens- und Handlungsperspektiven zu entwickeln und die praktische Anwendbarkeit der Lerninhalte im Alltag einer jeden Teilnehmerin zu erarbeiten.

Am Beispiel des Gender Mainstreamings wurden neue Politikansätze zur Durchsetzung der Gleichstellung der Geschlechter diskutiert. Ausgehend von den unterschiedlichen herkunftsbedingten Erfahrungen der Teilnehmerinnen aus alten und neuen Bundesländern wurden eigene Erwartungen und Forderungen an die Politik formuliert. Gleichzeitig wurde der Versuch einer Synthese von privaten und politischen Erwartungen unternommen.



Landesbüro Sachsen

Veranstaltungen 2002 im Überblick (Auswahl)

- *Mentoring – Die Gleichstellungsproblematik heute und Projekte zu Gender Mainstreaming in Sachsen* (Forum in Leipzig, 17. April)
- *Gewalt in Familien wirkungsvoll bekämpfen – die Umsetzung des Gewaltschutzgesetzes in Sachsen* (Fachtagung in Leipzig, 25. September)

Ausgewählte Veranstaltungsberichte

- *Mentoring – Die Gleichstellungsproblematik heute und Projekte zu Gender Mainstreaming in Sachsen* (Forum in Leipzig, 17. April)

Ausgangspunkt der Veranstaltung war der Befund, dass Frauen in Entscheidungspositionen in allen gesellschaftlichen Bereichen deutlich unterrepräsentiert sind. Beispiel Hochschule: Sind inzwischen mehr als 50 Prozent der Studienanfänger in Sachsen Frau-

en, so verringert sich deren Anteil bis hin zu den Professorinnenstellen auf weniger als 5 Prozent. Als ein neuer Ansatz, dieses Ungleichverhältnis künftig verringern zu können, gilt „Mentoring“. Durch eine Mentorin in einer Führungsposition bekämen junge Frauen die Chance, als Mentee indirekt erste Führungserfahrungen zu sammeln und zu reflektieren sowie Netzwerke für die spätere Berufstätigkeit zu knüpfen. Ziel von Mentoring ist es, Frauen zu einer Karriere zu ermuntern und sie in ihrer Laufbahn zu unterstützen. Erfolg-



reiche Frauen könnten anschließend als Mentorinnen für künftige Mentees aktiv werden. Dieses Konzept wird in der Wirtschaft bereits länger praktiziert und ist inzwischen auch in einigen Pilotprojekten an Hochschulen erfolgreich angewendet worden. Das Forum beschäftigte sich außerdem mit Projekten zu Gender Mainstreaming in Sachsen – speziell damit, wie diese Strategie auch an sächsischen Hochschulen Anwendung finden kann und sollte.

● *Gewalt in Familien wirkungsvoll bekämpfen – die Umsetzung des Gewaltschutzgesetzes in Sachsen* (Fachtagung in Leipzig, 25. September)

„Wenn Sie – als Opfer oder als Täter – Gewalterfahrung machen wollen, dann gründen sie eine Fa-

milie.“ So lautete der provokative Einstieg von Professor Kai-D. Bussmann, Familienrechtsexperte von der Universität Halle. Gewalt in der Familie sei ein schwerwiegendes Problem, da sie versteckt stattfindet und somit sozial unsichtbar bleibt. Durch das neue Gewaltschutzgesetz hat das Opfer durch den Wohnungsverweis des Täters die Möglichkeit, Beratungsangebote in Anspruch zu nehmen, ohne aus dem bisherigen Lebensumfeld herausgerissen zu werden. Ein geändertes Anzeigeverhalten führe inzwischen zu einem statistischen Anstieg häuslicher Gewalttaten.

Roger Fladung, Polizeioberrat aus Niedersachsen, berichtete von Schulungen der Polizeibeamtinnen und -beamten, um die gesetzlichen Bestimmungen auch in der Praxis umsetzen zu können. Auch wurde eine Handreichung

für die Polizeibeamtinnen und -beamten erarbeitet mit Informationen z.B. über „unlogisches Opferverhalten“ oder den Umgang mit ausländischen Frauen.

In Sachsen fehle eine dem niedersächsischen Beispiel entsprechende Änderung im Polizeigesetz, durch welche die Polizei überhaupt entsprechende Rechtssicherheit bei der Umsetzung des Gewaltschutzgesetzes erlange, so Dr. Gisela Schwarz, Mitglied des Sächsischen Landtages. Wichtig sei auch die enge Zusammenarbeit der Polizei mit Frauenhäusern, Beratungsstellen und Gerichten. Holger Tschense, Bürgermeister und Beigeordneter der Stadt Leipzig, schlug zur Verbesserung des Informationsflusses eine Koordinationsstelle in Trägerschaft von Kommune und Land vor.

Landesbüro Sachsen-Anhalt

Veranstaltungen 2002 im Überblick (Auswahl)

- „Jetzt rede ich!“ – Rhetorik für Frauen in Gesellschaft und Politik (Seminar in Stendal 25.-27. Januar)
- *Selbstbewusstsein für Frauen: Die eigenen Interessen finden und durchsetzen lernen* (Seminar in Bad Kösen, 26./27. April)
- *Kinder, Beruf, Partnerschaft – Wie kriegt frau / man das alles hin? Bausteine für eine Familienpolitik der Zukunft* (Podiumsdiskussion in Halle, 23. Mai)
- *Konflikt als Chance – Gesprächs- und Persönlichkeits-training für Frauen* (Seminar in Stendal, 14.-16. Juni)
- *Frauen im Islam: Entsteht eine islamische Frauenbewegung?* (Vortrag in Magdeburg, 17. Oktober)

Ausgewählte Veranstaltungsberichte

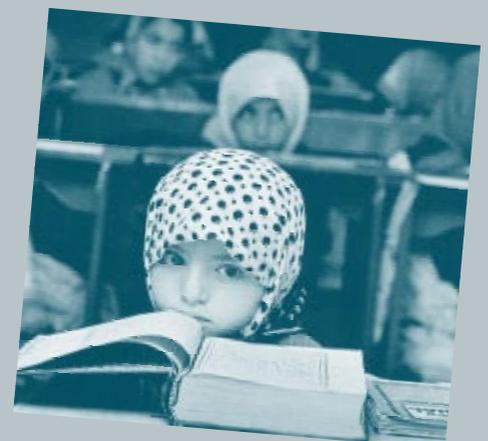
- *Kinder, Beruf, Partnerschaft – Wie kriegt frau / man das alles hin? Bausteine für eine Familienpolitik der Zukunft* (Podiumsdiskussion in Halle, 23. Mai)

Bei der Podiumsdiskussion mit Christel Riemann-Hanewinkel, MdB, und Thomas Claus, Gender-Institut Sachsen-Anhalt, ging es

vor allem um die Diskussion der zukünftigen Aufgaben und Schwerpunkte der Familien- und Frauenpolitik. Im Vordergrund stand die Schaffung von Bedingungen, die eine Vereinbarkeit von Familie und Beruf ermöglichen bzw. erleichtern.

- *Frauen im Islam: Entsteht eine islamische Frauenbewegung?* (Vortrag in Magdeburg, 17. Oktober)

Über Stellung und Rolle von Frauen in islamisch geprägten Gesellschaften gibt es nur sehr wenig Informationen und Wissen – Klischees und Halbwissen dominieren. Dr. Irene Schneider vom Institut für Orientalistik der Universität Halle machte deutlich, wie komplex und vielschichtig die Situation ist. Sie wies auch darauf hin, dass es eine sich entwickelnde Frauenbewegung in islamischen Ländern gibt.





Schwerpunkt dieses Arbeitsbereichs ist die politische Bildung. In NRW, Hessen, Niedersachsen, Saarland und Rheinland-Pfalz werden entsprechende Veranstaltungen angeboten. Frauen- und genderpolitische Themen werden insbesondere vom Referat Frauenpolitik NRW und vom Regionalbüro Rheinland-Pfalz (Mainz) aufgegriffen.

Gesellschaftspolitische Information

Referat Frauenpolitik NRW

Ausgewählte Veranstaltungsberichte

● *Wirtschaftsstandort Deutschland – Vereinbarkeit von Familie und Beruf*
(Forum Wirtschaft und Familie in Düsseldorf, 2. Mai)

„Die Zukunftsfähigkeit der Gesellschaft hängt ganz wesentlich davon ab, ob und in welcher Weise es gelingt, eine Balance von Familien-, Erwerbs- und freiwilliger gesellschaftlicher Arbeit herzustellen. Dazu gehört vor allem die gleichberechtigte Erwerbsbeteiligung von Frauen und die partnerschaftliche Arbeitsteilung der Familienarbeit“, so Birgit Fischer, Ministerin des Landes Nordrhein-Westfalen, in ihrem Einführungsreferat.

Arbeitszeitgestaltung als Zukunftsinvestition

In ihrer Presseerklärung macht Ministerin Birgit Fischer deutlich, dass die Unternehmen in Nordrhein-Westfalen mehr für die Vereinbarkeit von Familie und Beruf tun könnten. „Finanzielle Anreize reichen gut ausgebildeten Mit-

arbeiterinnen und Mitarbeitern nicht mehr. Vielmehr erwarten immer mehr Eltern flexible Arbeitszeitregelungen, die es ihnen erlauben, Beruf und Familie zu vereinbaren.“ Auch für die Gewerkschaften sei Arbeitszeitpolitik der wichtigste Ansatzpunkt zur besseren Vereinbarkeit von Familie und Beruf, so Magret Mönig-Raane, stellvertretende Vorsitzende der Vereinten Dienstleistungsgewerkschaft ver.di. „Wir wollen alle gesetzlichen, tariflichen und betrieblichen Hebel in Bewegung setzen, damit Männer und Frauen Erwerbsleben, Familienaufgaben und private Interessen besser als bisher unter einen Hut kriegen.“ Hierzu müssten per Tarifvertrag Arbeitszeitsouveränität und neue Arbeitsformen abgesichert werden, so die Gewerkschafterin.

Wettbewerbsvorteile durch familienfreundliche Personalpolitik

Hans Georg Crone-Erdmann, Hauptgeschäftsführer der Vereinigung der Industrie- und Handelskammern NRW, sowie Dr. Heinz Klinkhammer, Personalvorstand der Deutschen Telekom AG, stimm-

ten darin überein, dass der wirtschaftliche Erfolg von Unternehmen wesentlich von der Entfaltung der Potenziale von Menschen am Arbeitsplatz abhängt. Ein ausgeglichenes Berufs- und Privatleben würden Arbeitsleistung und Motivation von Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern entscheidend fördern. Maßnahmen zur Flexibilisierung der Arbeit bestimmten daher die Personalpolitik zukunftsorientierter Unternehmen immer deutlicher. Dabei gewinnen individuelle Arbeitszeitmodelle, die den unterschiedlichen Lebensphasen von Frauen und Männern entsprechen, für eine erfolgreiche Personalpolitik an Bedeutung.

Work-Life-Balance bei der Deutschen Telekom

Personalvorstand Dr. Klinkhammer machte deutlich, dass sich die Deutsche Telekom als zukunftsorientierter Konzern der tatsächlichen Chancengleichheit von Männern und Frauen sowie dem Ziel der Work-Life-Balance selbstverpflichtet hätte. Um in der privatwirtschaftlichen Unternehmenslandschaft auch zukünftig als Modell für „best practice“ im

Bereich Gleichstellung und Chancengleichheit aufzutreten, setze das Unternehmen Standards durch eine systematische, innovative Gleichstellungspolitik. Er verwies in diesem Zusammenhang auf eine breite Maßnahmenpalette: u.a. Kinderbetreuungsangebote und Integration eines neuen Männerleitbildes, bei dem die partnerschaftliche Beteiligung an Familienarbeit und Kindererziehung im Vordergrund steht. Allerdings musste Dr. Klinkhammer in der anschließenden Diskussion einräumen, dass eine Befragung von 5.000 Beschäftigten bei der Deutschen Telekom ergeben hatte, dass für 90 Prozent das Gleichgewicht zwischen Beruf und Privatleben ausgesprochen wichtig sei, aber nur knapp ein Drittel dieses Gleichgewicht verwirklichen kann.

Grenzziehung zwischen privat und beruflich

In der Diskussion wurde vor allem Kritik an der Unternehmens- und Personalpolitik in der Privatwirtschaft geäußert, die immer noch zu wenig Rücksicht auf die Familienbelange der Beschäftigten nähme. Die Grenzen zwischen Beruf und Privatleben würden verschwimmen und Übergriffe auf das Privatleben zunehmen. Dadurch kämen die Bedürfnisse und Belange der Familie zwangsläufig zu kurz. Unter den Konferenzteilnehmerinnen und -teilnehmern bestand breiter Konsens darüber, dass von Politik und Wirtschaft mehr zur besseren Vereinbarkeit von Familie und Beruf sowie zur Verwirklichung von Chancengleichheit getan wer-

den müsse. Insbesondere wurden mehr und preiswertere ganztägige Kinderbetreuungsangebote in NRW, bessere Zugangschancen für Frauen zu qualifizierten Voll- und Teilzeitarbeitsplätzen in der Privatwirtschaft sowie mehr Flexibilität in der Arbeitszeitgestaltung angemahnt.

● *Chancengleichheit in der Privatwirtschaft: Neuere Initiativen und Weichenstellungen in Deutschland und in der EU auf dem Prüfstand* (Workshop in Bonn, 21. Oktober)

Zentraler Themenschwerpunkt des Workshops war die im Juni 2002 vom Europäischen Parlament angenommene Reform der Richtlinie zur Gleichstellung von Frauen und Männern in der Arbeitswelt, die den Schutz von Frauen vor Diskriminierungen im Beruf maßgeblich konkretisiert. „Die geänderte Richtlinie wird sich als Motor für Gleichstellung in einer erweiterten Europäischen Union erweisen“, so Lissy Gröner, frauenpolitische Sprecherin der Sozialdemokraten im Europäischen Parlament. Zu den Errungenschaften der neuen Richtlinie gehören:

- Die Begriffe „sexuelle Belästigung“, „unmittelbare“ und „mittelbare“ Diskriminierung werden definiert.
- Die neue Richtlinie verbietet Diskriminierung gegenüber Frauen in Zusammenhang mit Schwangerschaft und Mutterschaft.
- Die Bestimmungen des Vertrags von Amsterdam über Ver-





günstigungen zugunsten des unterrepräsentierten Geschlechts wurden in die Richtlinie aufgenommen.

- Die beteiligten Sozialpartner und EU-Mitgliedsstaaten werden in die Pflicht genommen, sowohl präventive Maßnahmen zu ergreifen, als auch bei Verstößen gegen die Richtlinie Sanktionen auszusprechen.

- Die Mitgliedsstaaten sind aufgefordert, unabhängige nationale Gleichstellungsstellen einzurichten, die die Verwirklichung von Gleichstellung überwachen; alle 4 Jahre über den aktuellen Umsetzungsstand zu berichten; Bestimmungen in Verträgen oder Vereinbarungen, die im Widerspruch zu dieser Richtlinie stehen, zu ändern oder für hinfällig zu erklären; die Richtlinie bis spätestens 2005 umzusetzen.

Positive Resonanz

Die neue Richtlinie wurde von den Referentinnen, der Gewerkschafterin Anne Jenter, Leiterin der Abteilung Frauen und Gleichstellung beim DGB-Bundesvorstand, der Rechtsreferentin des Deutschen Frauenrats Christel Riedel, sowie Ingrid Weber, Vorsitzende der Kommission Arbeits-, Gleichstellungs- und Wirtschaftsrecht des Deutschen Juristinnenbundes und Vorsitzende Richterin

am Landesarbeitsgericht Berlin, insgesamt positiv beurteilt. Allerdings waren sich Referentinnen und Expertinnen darüber einig, dass es in Deutschland hinsichtlich ihrer Umsetzung noch erheblichen – nicht zuletzt auch gesetzlichen – Handlungsbedarf gibt. Sie forderten daher gesetzliche Regelungen zur Umsetzung der EU-Richtlinie: ein Gesetz gegen sexuelle Diskriminierung am Arbeitsplatz, ein Gleichstellungsgesetz mit festgelegten Mindeststandards und die Einführung der Verbandsklage.

Vereinbarung zur Chancengleichheit in der Privatwirtschaft

Die Diskussion über den aktuellen Stand der Umsetzung der Vereinbarung zwischen Bundesregierung und den Spitzenverbänden der deutschen Wirtschaft zur Förderung der Chancengleichheit von Frauen und Männern in der Privatwirtschaft vom Juni 2001 bildete einen weiteren Themenschwerpunkt auf dem Workshop. Brigitte Unger-Soyka, Leiterin der Abteilung Gleichstellung im Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend, berichtete über die Arbeitsgruppe „Chancengleichheit und Familienfreundlichkeit in der Wirtschaft“, die die Umsetzung

der Vereinbarung begleitet. Sie wies darauf hin, dass die Umsetzung der Vereinbarung im Jahre 2003 bilanziert wird. Nur bei einer erfolgreichen Umsetzung hätte sich die Bundesregierung vertraglich verpflichtet, auf ein Gleichstellungsgesetz für die Privatwirtschaft zu verzichten.

● *Unisex-Tarife in der betrieblichen Altersvorsorge* (Workshop in Berlin, 30. September/1. Oktober)

In Kooperation mit der Equality-Arbeitsgruppe „Soziale Sicherung und Rentenreform“ der Hans-Böckler-Stiftung wurden mehrere Treffen bzw. Workshops mit Expertinnen und Experten durchgeführt, um die Auswirkungen der Neuregelung der Rente unter Genderperspektive zu diskutieren. Die Equality-Arbeitsgruppe hatte sich als Antwort auf das nationale „Bündnis für Arbeit“ in der gewerkschaftsnahen Hans-Böckler-Stiftung gegründet. In mehreren Stellungnahmen hat sich die Gruppe seither mit der Neuregelung der Rente und ihrer Auswirkung auf Frauen beschäftigt.



Staatliche Förderung der privaten und betrieblichen Altersvorsorge

Auf dem Workshop diskutierten Expertinnen und Experten aus Gewerkschaften, Wissenschaft und Recht unter arbeits- und verfassungsrechtlichen Gesichtspunkten die staatliche Förderung der privaten und betrieblichen Altersvorsorge. Im Rahmen aktueller Vertragsabschlüsse zur Betriebsrente bietet die Versicherungswirtschaft unterschiedliche Vertragsbedingungen für Frauen und Männer an. Daraus folgt, dass bei gleicher Einzahlung Frauen aufgrund statistisch längerer Lebenserwartung monatlich weniger Rente erhalten als Männer. Ulrich-Arthur Beck, Professor für

Arbeits- und Sozialrecht an der Universität Bamberg, schätzte in seinem Vortrag die unterschiedlichen Tarife als verfassungsrechtlich höchst bedenklich ein und sah darin einen eindeutigen Verstoß gegen den Gleichheitsgrundsatz und das Sozialstaatsprinzip. Auch Detlef Hensche, Rechtsanwalt und ehemaliger Gewerkschaftschef der IG Medien, sah in unterschiedlichen Tarifen bei Betriebsrenten einen Verstoß gegen den Grundsatz „gleicher Lohn für gleiche Arbeit“. Frauen müssten mehr sparen als Männer, um ihre Versorgungslücke im Alter zu schließen. Die Höchstgrenze, bis zu der die Sparraten steuerlich begünstigt werden, sei jedoch für Männer und Frauen gleich.

Forderung nach Unisex-Tarifen

Die Vertreterinnen der Equality-Arbeitsgruppe forderten ein Verbot unterschiedlicher Tarife für Männer und Frauen in den neuen Betriebsrenten und eine entsprechende Nachbesserung des Betriebsrentengesetzes. Die bisherigen Zertifizierungskriterien, die Voraussetzung für eine staatliche Förderung sind, sollten um das Kriterium der geschlechtsneutralen „Unisex-Tarife“ erweitert werden. Mit diesen Forderungen wandte sich die Equality-Arbeitsgruppe im Rahmen einer schriftlichen Stellungnahme im Oktober 2002 an die im Bundestag vertretenen Parteien sowie an die Presse.

Regionalbüro Rheinland-Pfalz, Mainz

Das Regionalbüro führte verschiedene Seminare und Podiumsdiskussionen durch, in denen Frauen- und Genderthemen behandelt wurden.

Ein Ziel der Veranstaltungen bestand darin, Frauen in den für die politische Arbeit notwendigen Kompetenzen zu stärken. Außerdem boten die Seminare die Möglichkeit zum Austausch und zur Vernetzung der Frauen untereinander. Beispielhaft für diese Aktivitäten sei das Seminar „Weibliche Autorität und Qualifizierung

im politischen Management“ genannt.

An den Podiumsdiskussionen nahmen Frauen und Männer teil. Ziele dieser Veranstaltungen sind Information und Stärkung der politischen Position im zivilgesellschaftlichen Alltags- und Berufsleben. Zur Integration von Fragen des Geschlechterverhältnisses eigneten sich insbesondere Themen des Berufslebens, so z.B. Genderaspekte bei Berufsabschlüssen, Stellenvergabe, Arbeitsformen und Arbeitszeitgestaltung. Auch die

PISA-Studie wurde aus Geschlechterperspektive diskutiert, so z.B. die Aspekte Bildung und Persönlichkeit sowie Elternrollen. Auch Themen wie bürgerschaftliches Engagement, politische Partizipation und Zukunft der Familie wurden in der Arbeit des Regionalbüros Rheinland-Pfalz aufgegriffen, u.a. in den Veranstaltungen „Mit Familie – für Familie: Kommunales Netzwerk für junge Eltern“ und „Islamische Frauen zwischen Tradition und westlichen Gesellschaftsordnungen“.



Ein breit gefächertes Angebot an politischer Bildung steht im Mittelpunkt dieses Arbeitsbereichs. Politikvermittlung, Kompetenztraining und Beratung sowie gesellschafts-politische Weiterbildung in unterschiedlichen Veranstaltungsformen und für verschiedene Zielgruppen sind hier beispielhaft zu nennen. Ergebnisse feministischer Kritik, frauen-politische Strategien und der Ansatz des Gender Mainstreaming werden bei der Themenwahl und der Gestaltung der politischen Bildungsarbeit berücksichtigt.

Akademie der Politischen Bildung

Akademie Frankenwarte, Würzburg

Veranstaltungen 2002 im Überblick (Auswahl)

- *Hinter den sieben Bergen – Deutschlandbilder aus vier Jahrzehnten* (Lesung, 10. Januar)
- *Die Gleichstellung der Frau – Theorie und Praxis im Bundesgrenzschutz* (Seminar, 4.-6. März)
- *Männer Macht und Frauen-Power – Wie steht es mit der Chancengleichheit der Geschlechter im Beruf, in der Familie und in der Politik?* (Seminar, 26.-28. April)
- *Gender Mainstreaming – rechtliche und politische Grundlagen sowie praktische Konsequenzen* (Seminar, 6./7. Mai)
- *Konflikte konstruktiv bearbeiten – Kreativität entfalten! In der Familie, in der Arbeitswelt, in der Politik* (Seminar mit parallelem Kinderprogramm, 29. Juli-2. August)
- *Frauengesundheit ist mehr... – 15. Würzburger Frauenwoche* (Vortrags- und Diskussionsveranstaltung mit der Journalistin Chantal Louis, 13. Oktober)
- *Gender Mainstreaming in der Praxis* (Seminar für Frauenbeauftragte in Landesbehörden und Ämtern, Mitarbeiterinnen und Leiterinnen von Gleichstellungsstellen und Frauenbüros sowie frauenpolitisch aktive und interessierte Bürgerinnen, 7./8. November)
- *Welcome to WTO!? Deregulierung, Entwicklung und das Nord-Süd-Verhältnis* (Seminar der Reihe „Frauen und Weltwirtschaft“ für entwicklungspolitisch interessierte Frauen in Zusammenarbeit mit dem Marie-Schlei-Verein, 15.-17. November)
- *Wer hat Angst vor Lara Croft? Action-Heldinnen als Verkörperung von Frauenpower oder Frauengewalt? Sinnbilder neuer Frauenrollen?* (Film-Seminar, 22.-24. November)

Ausgewählte Veranstaltungsberichte

- *Gender Mainstreaming – rechtliche und politische Grundlagen sowie praktische Konsequenzen*
(Seminar, 6./7. Mai)

Gleichstellungs- und Frauenbeauftragte sowie frauenpolitisch interessierte jüngere und ältere Bürgerinnen waren angereizt. Von ernüchternden Erfahrungen mit Gender Mainstreaming und großer Skepsis wurde berichtet. „Allein der englische Begriff wirkt befremdlich“, meinte eine Teilnehmerin. Doch schnell wurde klar, dass es sich hierbei um einen richtungsweisenden Fachbegriff handelt.

Was ist „Gender Mainstreaming“?

Gender Mainstreaming bezeichnet das Prinzip und die Methode, in allen Politikbereichen das Geschlechterverhältnis (Gender) zu berücksichtigen. Dieses in die „Hauptströmung zu bringen“ (Mainstreaming) bedeutet, alle Erfahrungen und Maßnahmen daraufhin zu untersuchen, wie sie sich auf die Lebenssitua-

tionen von Männern und Frauen auswirken. Mit „Gender“ wird im Unterschied zum biologischen Geschlecht „sex“ verdeutlicht, dass es um kulturell geprägte und historisch gewachsene Geschlechterrollen von Frauen und Männern geht. Und diese somit auch politisch gestaltbar sind.

Begriff als Strategie

Um die soziale Ungleichheit von Frauen und Männern abzubauen, bedarf es neuer Methoden – so lautet die Idee. Marianne Weg, die jahrelang in der Frauenpolitik aktiv war und nun als Expertin Gender Mainstreaming-Prozesse in Kommunen und Unternehmen begleitet, erklärte, dass der Begriff eine Strategie bezeichnet, mit der mehr Chancengleichheit hergestellt werden soll. Wenn etwa in einer Kommune wichtige Entscheidungen anstehen, sollten folgende Fragen einbezogen werden: Wie sieht in dem betreffenden Bereich das Geschlechterverhältnis aus? Wie wirkt sich das geplante Vorhaben auf die Situation von Frauen und Männern aus? Wie kann ein Beitrag zur Förderung der Gleichstellung der Geschlechter geleistet werden? Dass es der Politik mit Gender Mainstreaming ernst ist, zeigen zahlreiche Initiativen. Die rechtliche Verpflichtung zu Gender Mainstreaming ist für die EU-Mitgliedsstaaten im Amsterdamer Vertrag festgehalten worden. Die Mittelvergabe für verschiedene EU-Förderprogramme wurde an die Berücksichtigung von Gender Mainstreaming geknüpft. In Deutschland verpflichtet das Grundgesetz, das Kinder- und Jugend-

hilfegesetz sowie das Job-AQTIV-Gesetz zu Gender Mainstreaming. Doch die konkrete Umsetzung des Gender Mainstreaming ist noch nicht so weit fortgeschritten wie die formale Verankerung.

Gefährdet Gender Mainstreaming die Frauenpolitik?

„Machen wir uns selbst überflüssig, wenn wir Gender-Prozesse in Gang bringen?“, lautete die Befürchtung einer teilnehmenden Gleichstellungsbeauftragten. In Stuttgart zum Beispiel führte Gender Mainstreaming zwar zu einem neu geschaffenen „Referat zur Förderung individueller Chancengleichheit“, dafür wurde aber das Frauenbüro abgeschafft. Solange jedoch die tatsächliche Gleichstellung von Männern und Frauen nicht erreicht ist, bleibt Frauenpolitik nötig. Doppelstrategie also: Gender Mainstreaming plus Frauenpolitik!

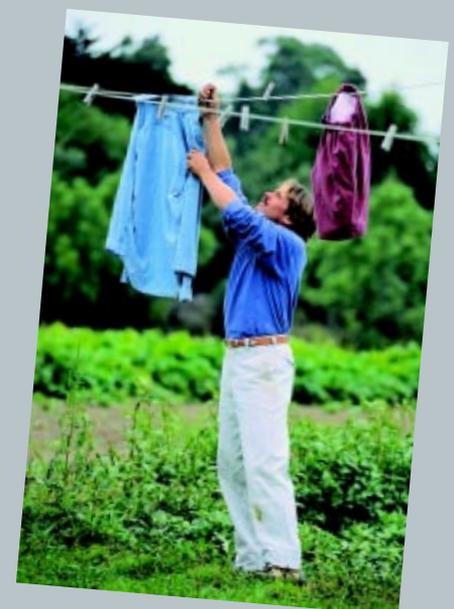
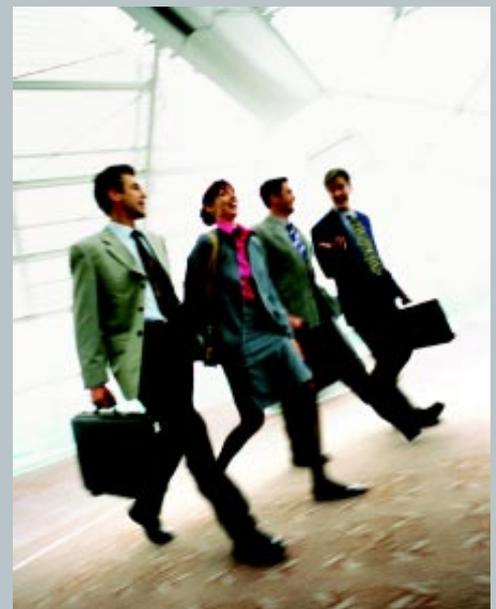
Wertvolle Erkenntnisse

Für die Gleichstellungs- und Frauenbeauftragten war es eine wichtige Erkenntnis, dass nicht sie die Aufgabe haben, Gender Mainstreaming durchzusetzen. Zwar können Gleichstellungsbeauftragte Gender Mainstreaming-Prozesse in der Institution als Expertinnen unterstützen, aber grundsätzlich muss die Führungsebene Gender Mainstreaming wollen und steuern. Teilnehmerinnen aus anderen beruflichen Zusammenhängen interessierten sich besonders für die Entwicklung einer Gender-Perspektive für ihren jeweiligen Arbeitsbereich wie z.B. Bildung, Journalismus, Gewerkschaft,

Erziehung in der Familie und für das Verhältnis von „Gender Mainstreaming“ und „Managing Diversity“.

● *Männer Macht und Frauen Power – Wie steht es mit der Chancengleichheit der Geschlechter im Beruf, in der Familie und in der Politik?*
(Seminar, 26.-28. April)

Wie steht es im Jahr 2002 mit der Gleichberechtigung der Geschlechter? Gibt es ihn wirklich,





den „neuen Mann“? Was ist aus den Zielen der Frauenbewegung geworden? Darüber diskutierten weibliche und männliche Teilnehmende des Seminars, das in Kooperation mit der „Frankfurter Sozialschule“ stattfand.

„Neuer Mann“ in Sicht?

Es gibt ihn, den „neuen Mann“: 20 Prozent der deutschen Männer haben sich bereits von traditionellen Rollenbildern verabschiedet. Sie verwechseln „Männlichkeit“ nicht mehr mit Machotum und trauen sich, Gefühle zu zeigen. Sie sind verantwortungsvolle Väter, die ihren Part in der Familie nicht nur als Geldbeschaffer sehen, sondern auch Teilzeit arbeiten, um sich um ihre Kinder kümmern zu können. „Männer im Aufbruch“ heißt die Studie, deren Ergebnisse Martin Rosowski, Leiter der EKD-Männerarbeit, vortrug. Sie wurde im Auftrag der Evangelischen Kirche in Deutschland (EKD) und der Gemeinschaft Katholischer Männer erstellt, um die Selbstdefinition von Männern zu untersuchen. Auch die Männer müssen sich bewegen. Und das tun sie, wenn auch noch zu wenige. Ein Grundschullehrer äußerte den Wunsch nach Angeboten qualifizierter Jungenarbeit und nach antisexistischen Unterrichtsmaterialien. „Die

Jungen haben zu wenig männliche Vorbilder, die ihnen andere Rollenmuster vorleben“, bestätigte Martin Rosowski und forderte mehr männliche Erzieher und Lehrer in Kindergärten und Grundschulen. Außerdem müsse man die Politik stärker in die Pflicht nehmen, um für Männer und Frauen bessere Rahmenbedingungen für neue Rollenmodelle zu schaffen.

Paradigmenwechsel in der Frauenbewegung

Dass die Frauen rund 30 Jahre nach Beginn der Frauenbewegung schon eine Menge gewonnen hätten, erläuterte Chantal Louis. Die 32-jährige Kölner Journalistin, die sechs Jahre Redakteurin bei der Zeitschrift „Emma“ war, vertrat im Seminar die Generation der „Töchter der Frauenbewegung“. „Die Frauenbewegung hat sich in die Institutionen verlagert. Frauen aus der Generation der Frauenbewegung sind heute auf den höchsten Stufen der Karriereleiter angekommen und machen als Ministerin, Professorin oder Verfassungsrichterin Frauenpolitik.“ Als Beispiele für die Errungenschaften der Frauenbewegung nannte die Journalistin den ersten Frauengesundheitsbericht der Bundesregierung aus dem Jahr 2001 und das seit dem

1. Januar 2002 gültige Gewaltschutzgesetz: Während die Gründerinnen des ersten Frauenhauses 1975 in Berlin noch Hohn und Spott über sich ergehen lassen mussten und die Existenz häuslicher Gewalt schlicht geleugnet wurde, können prügelnde Ehemänner heute von der Polizei aus der Wohnung gewiesen werden.

Alles erreicht?

Dass aber so viele junge Frauen heute so wenig frauenbewegt sind, sei ebenfalls auf die feministischen Erfolge zurückzuführen: „Gerade weil so viele Rechte so selbstverständlich geworden sind, glauben junge Frauen, es sei alles erreicht. Sie stoßen heute einfach später an Grenzen“, berichtete die Journalistin aus ihrer beruflichen Erfahrung mit Mädchen und jungen Frauen. Heutzutage würden junge Frauen erst gebremst, sobald sie einen bestimmten Punkt auf der Karriereleiter erreicht hätten oder wenn sie ihr erstes Kind bekämen. Dann würden sich viele darüber wundern, wie schnell die traditionelle Rollenverteilung wieder etabliert werde.

Voll Tatendrang, die gewonnenen Erkenntnisse umzusetzen, gingen die Teilnehmenden nach Hause.

● *Hinter den sieben Bergen – Deutschlandbilder aus vier Jahrzehnten*
(Lesung, 10. Januar)

„Deutschland – aus den Augen einer Schwedin ein schwieriges Heimatland für Frauen“ ließe sich die Botschaft der gebürtigen Schwedin Kaj Fölster zusammenfassen. Seit Ende 2001 liegt ihr Buch „Hinter den sieben Bergen – Deutschlandbilder aus vier Jahrzehnten“ in deutscher Übersetzung vor. Das Buch beschreibt die gesellschaftlich geprägte Rolle der deutschen Frauen und den durch Engagement und Kämpfe erreichten Wandel sowie die noch immer nicht erreichte Gleichbeteiligung in allen Lebensbereichen. Mit den analytischen Mitteln einer Sozialwissenschaftlerin und der Empathie einer politisch wachen und engagierten Bürgerin schil-

dert Kaj Fölster ihre Erfahrungen als Mutter, Berufstätige und politisch Aktive von den späten 50er Jahren in der Bundesrepublik Deutschland bis zu den frühen 90er Jahren des wiedervereinigten Deutschlands. Die Lesung machte Lust, die mit Kaj Fölster begonnene Diskussion über deutsche Sozial- und Gleichstellungspolitik, über Aufgaben- und Arbeitsverteilung zwischen Männern und Frauen fortzusetzen – im Familien- und Freundeskreis und vielleicht auch mit Politikerinnen und Politikern.

● *Wer hat Angst vor Lara Croft? Action-Heldinnen als Verkörperung von Frauenpower oder Frauengewalt? Sinnbilder neuer Frauenrollen?*
(Film-Seminar, 22.-24. November)

Die Teilnehmerinnen und Teilnehmer, vorwiegend Pädagogin-

nen und Pädagogen und in der Jugendarbeit Engagierte, wurden mit dem Phänomen des Computerspiels und den Spielfiguren als Identifikationsbilder für Jugendliche vertraut gemacht. Das Phänomen „Lara Croft“ wurde im Rahmen des Seminars aus unterschiedlichen Perspektiven beleuchtet, um der Frage nach der von dieser Figur ausgehenden medialen Faszination nachzugehen. Die älteren Teilnehmerinnen und Teilnehmer schätzten die Filmfigur eher negativ ein. Die jüngeren Teilnehmerinnen und Teilnehmer waren jedoch der Auffassung, dass die Film- und Spielfigur auf Grund einer erweiterten Weiblichkeitskonzeption Ansätze für die Einstimmung gerade jugendlicher Frauen auf eine neue Lebenswelteroberung vermitteln könne und beurteilten sie eher positiv.

Fritz-Erler-Forum Baden-Württemberg

Veranstaltungen 2002 im Überblick (Auswahl)

● *Vor und nach dem Krieg: Intervention in Afghanistan und die Situation der Frauen* (Forumsveranstaltung in Tübingen, 13. April)

● *Familie und Beruf: Kinder in guten Händen* (Workshop in Freudenstadt, 12./13. Oktober)

● *Über das Leben zwischen den Kulturen: Islamismus, Frauen und Migration in Deutschland*

(Fachtagung in Stuttgart, 9. November)

● *Über Reproduktionsmöglichkeiten: Kinderwunsch – Wunsch-kinder* (Fachtagung in Karlsruhe, 15. November)

Ausgewählte Veranstaltungsberichte

● *Vor und nach dem Krieg: Intervention in Afghanistan und die Situation der Frauen* (Forumsveranstaltung in Tübingen, 13. April)

Der Sinn der militärischen Intervention in Afghanistan wurde auch daran gemessen, wie sich das Land nach den Angriffen entwickelt hat. Auf dem Podium diskutierten Politikerinnen und Politiker sowie Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler mit etwa

100 Tagungsgästen die aktuelle Situation in dem zentralasiatischen Staat. Mit Blick auf die Übergangsregierung und die Belange der Frauen betonte die afghanische Soziologin Mariam Notten, wie wichtig es für demokratische Ansätze sei, Frauen-



rechte durchzusetzen und Frauen selbst an den politischen Entscheidungen zu beteiligen. Deutschland engagiert sich neben der Aufbauhilfe für Polizei, Schulen und Krankenhäuser auch in Frauenprojekten, berichtete Bundesjustizministerin Herta Däubler-Gmelin. Stabile demokratische Strukturen – der Weg dorthin scheint noch lang. Die Expertinnen und Experten auf dem Podium warnten davor, der afghanischen Gesellschaft westliche Denkmodelle „überzustülpen“.

● *Über das Leben zwischen den Kulturen: Islamismus, Frauen und Migration in Deutschland* (Fachtagung in Stuttgart, 9. November)

Unterdrückung, Drohung und Gewalt im Namen von Tradition und Religion – für manche Frauen islamischer Herkunft in Deutschland scheint dies zum Alltag zu gehören. So berichtete etwa Serap

Cileli, türkische Publizistin, über Ehrenmord und erzwungene Hochzeiten. Weltweit werden ihren Angaben nach etwa 5000 Frauen im Namen der Ehre getötet. In Deutschland starben zwischen 1999 und 2001 elf türkische Frauen und Mädchen, „weil sie nicht gehorchen wollten“. Initiativen wie das Stuttgarter Wohnprojekt ROSA versuchen, hier gegenzusteuern und bieten Schutz für junge Migrantinnen der zweiten und dritten Generation. Die Landtagsabgeordnete Rita Haller-Haid erklärte, die Unterdrückung der Frau sei nicht durch kulturelle Argumente zu rechtfertigen. Auch der Journalist Ahmed Arpad sah das Ende der politischen Toleranz dort, wo es um Unterdrückung und demokratiefeindliches Denken geht. Moderatorin Elfriede Behnke zog am Schluss der Veranstaltung folgendes Fazit: „Liberalität braucht Grenzen. Wir dürfen nicht wegschauen, sonst machen wir uns mitschuldig.“

BayernForum München

Veranstaltungen 2002 im Überblick (Auswahl)

Unternehmerinnen-Round-Table:

● *Promoting Diversity – ein Promoting-Programm für Frauen bei Siemens* (Fachgespräch mit Gründerin Dr. Hildegard Kronawitter, MdL, Ulrike Mascher, MdB, und Petra Neukam, Fachabteilungsleiterin Personal bei Siemens, 9. Januar)

● *Begleitkommission „Chancengleichheit und Familienfreundlichkeit in der Wirtschaft“* – Bericht und erste Bilanz (Fachge-

spräch mit Gründerin Dr. Hildegard Kronawitter, MdL, und Ulrike Mascher, MdB und Parlamentarische Staatssekretärin im BMA, 22. Juli)

● *Wirtschaftsstandort Deutschland – Vereinbarkeit von Familie und Beruf* (Fachkonferenz mit Dr. Christine Bergmann, Bundesministerin für Familie, Senioren, Frauen und Jugend, dem Hauptgeschäftsführer der Vereinigung

der Bayerischen Wirtschaft, der Vizepräsidentin des Bayerischen Landesfrauenausschusses, der Vorsitzenden des DGB Frauen in Bayern und dem Präsidenten des Landesarbeitsamtes Bayern, 17. Januar)

● *Zeigt her das Geld! – Gender Budgeting* (Seminar, 29. November - 1. Dezember)

Ausgewählter Veranstaltungsbericht

- *Zeigt her das Geld! – Gender Budgeting* (Seminar, 29. November - 1. Dezember)

Das Seminar fand in Kooperation mit der Frauenakademie München e.V. und dem Bayerischen Seminar für Politik statt und hatte folgende Themenschwerpunkte:

- Das Geschlecht der Ökonomie: Feministische Kritik und Ansätze einer geschlechtersensiblen Wirtschaftstheorie.
- Auswirkungen sozialstaatlicher Rahmenbedingungen und kultureller Leitbilder auf das Geschlechterverhältnis – ein deutsch-finnischer Vergleich.
- Auswirkungen von Haushaltsentscheidungen auf Frauen und Männer im Hinblick auf bezahlte und unbezahlte Arbeit, auf das Zeitbudget und die Care-Ökonomie.
- Eingeschlechtergerechter Haushalt ist möglich – internationale Beispiele für Gender-Budget-Initiativen.
- Politische Strategien zur Umsetzung eines geschlechtergerechten Haushalts am Beispiel Berlin.
- Methoden des Gender Budgetings.

Akademie Management und Politik

- *Organisationsmanagement und Kommunikationsmanagement* – Förderung der Führungs- und Managementkompetenzen von Frauen

Neben den seit Jahren etablierten Ausbildungsgang „Organisationsmanagement“ ist 2002 ein zweiter Ausbildungsgang getreten: „Kommunikationsmanagement“. Während der Ausbildungsgang Organisationsmanagement in 10 Modulen schwerpunktmäßig Kernkompetenzen für Führungsaufgaben innerhalb von Organisationen vermittelt,

können sich die Teilnehmerinnen und Teilnehmer des neuen Ausbildungsgangs Kommunikationsmanagement in zehn Modulen Kenntnisse und Fähigkeiten für die Präsentation von Anliegen in der Öffentlichkeit aneignen. Der Ausbildungsgang Kommunikationsmanagement zielt auf den Erwerb von Kommunikations- und Medienkompetenzen. Folgende Themenfelder werden bearbeitet: Rhetorik, Präsentation, Moderation, Grundlagen der Öffentlichkeitsarbeit, Pressearbeit, Aktionen und Kampagnen, Partizipationsverfahren, Visuelle Kommunikation sowie Informations- und

Netzwerkmanagement. Die Akademie Management und Politik wendet sich in ihrer Lehrmethodik verstärkt Formen des „Blended Learning“, also der Kombination von E-Learning und Präsenzseminaren, zu. Einzelne Trainings können online vorbereitet, Seminarergebnisse online abgerufen und Tagungsdokumentationen ins Netz gestellt werden. In Kürze wird ein multimediales computergestütztes Lernprogramm auf CD-ROM zum Thema „Interviews geben“ vorliegen, das didaktisch-methodisch mit dem gleichlaufenden Präsenzseminar verknüpft ist.

